

Antonio Lucci · Thomas Skowronek (Hg.)
Potential regieren

Antonio Lucci · Thomas Skowronek (Hg.)

Potential regieren

Zur Genealogie des möglichen Menschen

Wilhelm Fink

Gefördert aus Mitteln der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen
der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern

Umschlagabbildung:
Simone Pellegrini, *Scuotere le forme* (2012),
mit freundlicher Genehmigung des Künstlers
www.simonepellegrini.com

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen
Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig.

© 2018 Wilhelm Fink Verlag, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland)

Internet: www.fink.de

Einbandgestaltung: Evelyn Ziegler, München
Herstellung: Brill Deutschland GmbH, Paderborn

ISBN 978-3-7705-6262-6

Inhalt

EINLEITUNG

ANTONIO LUCCI UND THOMAS SKOWRONEK

Potenz – Potential – Potentialität. Die Möglichkeiten und die Macht 9

I. KÖRPER – GEIST – ADMINISTRATION EKKLESIALE ORDNUNGEN IM MITTELALTER

GERT MELVILLE

Das Pferd des Kämpfers im Heer Davids. Beobachtungen zur
Transformation des Körpers im mittelalterlichen Kloster 23

MIRKO BREITENSTEIN

Im „Buch des Gewissens“ lesen. Selbsterkenntnis und
Selbstvervollkommnung im Religiosentum des hohen Mittelalters 37

MARIA CHIARA GIORDA

Divine market
Economic practices in Egyptian monasticism (IV-VIII centuries) 49

ROMEDIO SCHMITZ-ESSER

Die Konstruktion sozialer Orthodoxie
durch Orte, Rituale und Diskurse um den toten Körper 69

II. LITERATUR – RECHT – BILD POIESIS UND PRAXIS DES REGIERENS SEIT DER NEUZEIT

OLIVER BACH

Biopolis
Die Utopie der frühen Neuzeit zwischen Dichtung, Recht und Moral 85

THOMAS VESTING

Das moderne Recht und seine Abhängigkeit von einer institutions-
gebenden Macht. Souveränität – mosaikische Verfassung – Biopolitik 105

THOMAS SKOWRONEK

Orthografie macht Staat. Maksim Grek und die Philologisierung
der Politik in der Moskauer Rus' 123

MATEUSZ KAPUSTKA

Mission Antarktis. Die vormoderne Sichtbarmachung der Welt
als Problem einer historischen Kritik von Bildkulturen 137

III. NUMMERN – BEFEHLE – AKTEN ADRESSIERUNGEN MODERNER SUBJEKTE

ANTON TANTNER

Nummerierung – eine neuzeitliche Kulturtechnik?
Aufriß einer Forschungslandschaft 159

INGA ANDERSON

Über die Steuerung militärischer Körper 171

MYRIAM NAUMANN

Werden, wer sie waren. Subjektivierung im Stasi-Unterlagen-Gesetz
(StUG) und im Berliner Verwaltungsgericht 183

IV. PRAKTIKEN – INSTITUTIONEN – PERSPEKTIVEN ZUR VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT DES POTENTIALS

ANTONIO LUCCI

Gouvernementalität und Askese. Individuelle und kollektive
Selbsttechniken bei Michel Foucault zwischen Machtapparaten und
antagonistischen Lebensformen 201

GIOVANNI LEGHISSA

Gouvernementalität und Organisation. Betrachtungen über die
politische Theorie aus einem anthropogenetischen Standpunkt 219

MARTIN MÜLLER

Zoë als Técnica
Zum Paradox möglicher Menschen in der synthetischen Biologie 239

THOMAS MACHO

Im Wirbelsturm der Gegenwart
Krise der Utopien? 253

AUTORINNEN UND AUTOREN 265

Gouvernementalität und Organisation

Betrachtungen über die politische Theorie aus einem anthropogenetischen Standpunkt

Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen die politischen Fragen und Probleme in Zeiten des Neoliberalismus. Dieser Begriff bezeichnet unsere Gegenwart, den aktuellen Zeitpunkt, in dem wir leben. Meine folgenden Überlegungen sind einer Ontologie der Gegenwart im Sinne Foucaults gewidmet.¹ Ich werde hier die These vertreten, dass der Neoliberalismus eine Form der Gouvernementalität darstellt, deren Ausgangspunkt in der Ausbreitung einer bestimmten Organisationsrationalität liegt. Ich werde ferner versuchen aufzuzeigen, dass sich letztere – wenngleich sie an die aktuellen Entwicklungen der Moderne gekoppelt ist – nur im Rahmen einer weiter gefassten anthropogenetischen Theorie vollständig begreifen lässt.

1. Die Gouvernentalisierung des Staates

In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre hielt Foucault am Collège de France zwei Vorlesungen, die sich mit dem Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik auseinandersetzten.² Diese Lehrveranstaltungen hatten – und haben noch immer – großen Einfluss auf aktuelle Diskussionen. Es handelt sich dabei in gewisser Hinsicht um einen eigenartigen Einfluss, insofern der Inhalt dieser beiden Vorlesungen mitunter auf verschiedene Weise missverstanden wurde. Einige sahen in Foucault einen Unterstützer des Liberalismus und des Neoliberalismus.³ Andere wiederum versuchten mit allen Mitteln, die Darlegungen Foucaults dergestalt auszulegen, als seien diese lediglich eine der zahlreichen Varianten einer Kapitalismuskritik – genauer gesagt, eine Kritik an der kapitalistischen Ausrichtung der globalen Gesellschaft.⁴ Es ist daher von maßgeblicher Bedeutung, die

1 Vgl. Michel Foucault, „Was ist Aufklärung?“, in: Michel Foucault, *Schriften in vier Bänden*, Bd. IV, hg. von Daniel Defert/François Ewald, Frankfurt am Main 2002, S. 687-707.

2 Vgl. Michel Foucault, *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt am Main 2004; Michel Foucault, *Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt am Main 2004.

3 Vgl. Michael C. Behrent, „Liberalism Without Humanism: Michel Foucault and the Free-Market Creed, 1976-1979“, in: *Modern Intellectual History* 6,3 (2009), S. 539-568.

4 Exemplarisch in diesem Zusammenhang Paolo Virno, *Grammatik der Multitude*, Wien 2008. Der von Foucault geprägte Begriff der ‚Biopolitik‘ wird darin in Richtung einiger Kategorien,

Hauptpunkte der Analyse Foucaults zu beleuchten. Zunächst zieht Foucault eine klare Trennlinie zwischen Liberalismus und Neoliberalismus. Ersterer lässt eine Bestimmung des Unterschieds zwischen Ökonomie und Politik zu. Dies wird durch die Tatsache ermöglicht, dass sich zur Zeit des Liberalismus die Wirtschaftswissenschaft nicht mit allen Bereichen befasst, in denen sich menschliches Handeln abspielt. Aus der Perspektive des Liberalismus ist der Forschungsgegenstand der Ökonomie der Mensch als Subjekt, das seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen oder die eigene Wohlfahrt zu steigern versucht. Der Herrschende muss daher Kenntnis von den Aussagen der Ökonomen über das menschliche Verhalten haben, da das politische Handlungsziel darin besteht, die Wohlfahrt der Bevölkerung zu steigern. Als sich Foucault dieses Problems bewusst wird, entwickelt er auf ganz neue Weise das Konzept der Biopolitik, das er 1975/76 in seiner Vorlesung mit dem Titel *In Verteidigung der Gesellschaft* eingeführt hatte. Im Zusammenhang mit der Entstehung der modernen Regierungsformen bedeutet Biopolitik nun Folgendes: dass der Staat für die Bevölkerung Sorge trägt. Nicht für das einzelne Individuum, sondern für die Bevölkerung als in ökonomischer Hinsicht messbare Größe – d.h. hinsichtlich der Wohlfahrt. In diesem Sinne ist der moderne Staat seit seiner Entstehung am Leben der Bürger interessiert: ein Leben, das nicht das ‚nackte Leben‘ meint, sondern sich als Kreuzungspunkt mehrerer Variablen darstellt. Auf der einen Seite stehen die Umweltfaktoren – d.h. die materiellen Ressourcen, die mehr oder weniger ausreichend vorhanden sein können, die erworben, verwaltet und verteilt werden müssen. Diesbezüglich stellt sich die Frage, wie sich eine effiziente Funktionsweise von Produktion und Zirkulation der Güter im Inneren des Marktes realisieren lässt. Auf der anderen Seite stehen die Bedürfnisse der Individuen, die sich voneinander äußerst stark unterscheiden können – aufgrund ebendieser Verschiedenheit wird offenkundig, dass die Konstruktion einer einheitlichen Größe wie der Bevölkerung notwendig ist. Die Bevölkerung ist nicht einfach die Summe der Individuen, aus denen sie sich zusammensetzt, sondern ist das Resultat einer statistischen Erhebung, die die Untersuchung von Mittelwerten sowie die Berücksichtigung der stets möglichen Abweichungen von diesen Werten zulässt.

Es sollen nun zwei bedeutsame Aspekte in der Analyse Foucaults herausgestellt werden, die unbedingt zu betonen sind, um den Sinn der Unterscheidung von Liberalismus und Neoliberalismus besser erfassen zu können. Einer dieser beiden Aspekte betrifft die Stellung, die die Auseinandersetzung mit der Biopo-

wie sie Marx in den *Grundrissen* beschrieben hat, umgelenkt – dennoch ist sich der Autor vollkommen bewusst, dass es sich vor dem Hintergrund der ursprünglichen Thesen Foucaults um eine eher gezwungene Interpretationsweise handelt. Für eine Lektüre zum Neoliberalismus unter marxistischen Gesichtspunkten sei lediglich auf folgende Werke verwiesen: David Harvey, *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2005; Dieter Plehwe/Bernhard Walpen/Gisela Neunhoffer (Hgg.), *Neoliberal Hegemony: A Global Critique*, London 2006; Michael C. Howard/John E. King (Hgg.), *The Rise of Neoliberalism in Advanced Capitalist Economies. A Materialist Approach*, Basingstoke (Eng.)/New York 2008.

litik in der Gesamtentwicklung der philosophischen Überlegungen Foucaults einnimmt. Die Philosophie Foucaults war nie eine Philosophie der Macht und wollte dies auch nie sein. Foucaults Interesse richtet sich vielmehr auf die Analyse der Art und Weise, in der sich – in jeweils unterschiedlichen historischen und kulturellen Kontexten – das Verhältnis zwischen verschiedenen Formen der Rationalität und der Entfaltung jener Subjektivierungsprozesse äußert, dank derer die Subjekte mehr oder weniger Freiheit, mehr oder weniger Bewusstsein über die eigene Lage erlangen. Es interessiert Foucault somit, wie ein Subjekt ausgehend von einem bestimmten Diskurs, dessen Gegenstand es ist, zu einem Subjekt wird. Erst hier gewinnt die Frage nach der Macht an Bedeutung: Alle Diskurse werden stets von einer institutionellen Basis gestützt – gleichzeitig kann es keiner Institution gelingen, ohne die Zuhilfenahme einer Vielzahl theoretischer Instrumente eine Gesamtheit an Prozeduren zu organisieren, die die Herrschaft über das Leben der Individuen zum Ziel haben. Diese Instrumente dienen dazu, von Mal zu Mal den Aktionsradius der Herrschaftstechniken genauer zu bestimmen und abzustecken.⁵ Vor dem Hintergrund dieser Erläuterung wird ersichtlich, dass Foucault in seiner Auseinandersetzung mit der Biopolitik keinesfalls den Begriffshorizont, den er selbst in den vorausgegangenen Jahren ausgearbeitet hatte – in erster Linie das Konzept des Diskurses⁶ –, verlässt, sondern diese Begrifflichkeiten lediglich vertieft und in eine andere Richtung lenkt.

Der andere Aspekt betrifft den Begriff der Biopolitik selbst. Diese hat nichts mit einer Aufwertung des Lebens zu tun, sie stellt keine Variante der kapitalistischen Ausbeutung dar. Die biopolitischen Regime sind Herrschaftsformen, die auf eine indirekte Kontrolle dessen abzielen, was dem Leben der Individuen Wachstum und freie Entfaltung gestattet bzw. dessen Hemmung und Verkümmern bedingt. Es ist von maßgeblicher Bedeutung, diesen indirekten Charakter der Kontrolle zu erfassen: Sie agiert dergestalt aus der Distanz heraus,⁷ dass sie nicht die Entscheidungen der Individuen selbst bestimmt, sondern die Strukturen dieser Entscheidungen bzw. die Kontexte, in denen Individuen und Gruppen wichtige Entscheidungen für ihr Leben und ihren Wohlstand fällen. Dies erklärt, weshalb Foucault das Konzept der Biopolitik just in dem Moment entwickelt, als er sich mit dem Ursprung des modernen Staates auseinandersetzt.⁸ Dieser darf nicht als statische und monolithische Entität aufgefasst werden, sondern ist als Netz von Institutionen und Machtzentren, die lokal handeln, zu verstehen. Auch

5 Vgl. Michel Foucault, „Strukturalismus und Poststrukturalismus“, in: Foucault, *Schriften*, S. 521–556.

6 Vgl. Michel Foucault, *Die Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main 1973.

7 Vgl. Mitchell Dean, *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London 1999.

8 Einige Vorüberlegungen zu den diesbezüglichen Analysen Foucaults finden sich in Gerhard Oestreich, *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin 1969 und Gerhard Oestreich, *Strukturprobleme der frühen Neuzeit. Ausgewählte Aufsätze*, hg. von Brigitta Oestreich, Berlin 1980. Für weiterführende Auseinandersetzungen vgl. auch Paolo Napoli, *Naissance de la police moderne. Pouvoir, normes, société*, Paris 2003.

dann, wenn der Staat disziplinarische Formen annimmt, wenn er auf direktere Formen der Kontrolle abzielt, übt er seine Handlungen doch immer in einem abgesteckten Raum aus. Der Bezug zum Raum ist hier wesentlich: Die Handlung der staatlichen Institutionen konzentriert sich auf die Ströme, die Bewegung, den Kreislauf der Güter, Personen und Informationen.

Aus diesem Grund lässt sich der Begriff der Biopolitik nur dann vollständig erfassen, wenn er mit einem weiteren Konzept, auf das Foucault in seiner Vorlesung *Sicherheit Territorium Bevölkerung* zur Definition der Rolle des modernen Staates rekurriert, in Relation gesetzt wird: das Konzept der Gouvernamentalität, das sich mit dem der Biopolitik als eng verflochten erweist. Mit Foucault gesprochen:

Mit diesem Wort „Gouvernamentalität“ möchte ich drei Dinge sagen. Ich verstehe unter „Gouvernamentalität“ die aus Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter „Gouvernamentalität“ die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus geführt hat, den man über alle anderen hinaus die „Regierung“ nennen kann [...]. Schließlich denke ich, daß man unter „Gouvernamentalität“ den Vorgang oder vielmehr das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der mittelalterliche Staat der Gerichtsbarkeit, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat wurde, sich nach und nach „gouvernementalisiert“ hat.⁹

Sobald es ein Territorium gibt, so gibt es auch Ströme, die es durchqueren. Diese Ströme müssen gelenkt werden. Zu lenken bedeutet für den Staat, ein Netz aus Institutionen zu errichten, das die Verbindung zwischen den Strömen und dem Territorium, zwischen den Bedürfnissen der Subjekte und den Ressourcen, durchkreuzt und dem die Subjekte zustimmen oder widersprechen können. Daher tritt der moderne Staat auch in seiner Anfangsphase, in der er sich selbst einen *Körper* zu verschaffen versucht, als ein Netz von institutionellen Akteuren in Erscheinung, die an seiner statt handeln.¹⁰

Hier – und an keiner anderen Stelle – verorten sich sowohl die Funktion der Ökonomie als Wissenschaft (deren Vorgängerdisziplin die *Policywissenschaft* war) als auch die Funktion der Produktion sowie des Handelsraumes im Bezug auf die Herrschaftspraktiken. Die Ökonomie ist jenes Wissen, das man benötigt, um zu erkennen, wie die Wohlfahrt zu erhöhen – oder zu verringern – ist. Die politische Sphäre hängt von ihr jedoch nicht ab: Kraft dessen, was die Ökonomie dem Regierenden über die Bevölkerung mitteilt, kann das Regierungshan-

⁹ Foucault, *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 162-163.

¹⁰ Zur Konstruktion des staatlichen Körpers vgl. Albrecht Koschorke u.a., *Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*, Frankfurt am Main 2007.

deln auf ein Ziel ausgerichtet werden. Es kann entsprechend den festgelegten Beschränkungen und Auflagen genau abgewogen werden und schließlich ausgewertet und hinsichtlich seiner Effekte gemessen werden. Seit seiner Entstehung greift der moderne Staat also in die ökonomische Sphäre ein. Und dies tut er ebenso in der liberalen Phase seiner langen Geschichte. Die liberale Lehre – und die Herrschaftspraxis, die sich auf sie stützt – postuliert jedoch auch die Existenz von etwas, das sich nicht auf die Ökonomie zurückführen lässt. Genau diese Tatsache stellt für Foucault die spezifische Eigentümlichkeit des Liberalismus dar. In der Sphäre des Marktes finden die Produktion und der Tausch von Gütern statt. In Bezug auf diese Sphäre besteht die Aufgabe des liberalen Staates darin, denjenigen, die die notwendige Lust, Fähigkeit sowie das Kapital aufbringen, um in seinem Inneren mit anderen Subjekten zu interagieren, die Möglichkeit zum Eintritt in ebendiese Sphäre zu bieten. Es existiert jedoch noch eine andere Sphäre, in der sich kein Gütertausch des Marktes ereignet: die Sphäre, in der jedem in seiner Eigenschaft als Bürger die Möglichkeit zum Handeln gewährt werden muss. Hier erfolgt das politische Handeln bzw. das Handeln des Individuums, das über die Definition des Gemeinwohls entscheidet (wenn es dazu in der Lage ist). Kernpunkt für unsere Argumentation ist dabei folgender: Im Inneren der politischen Sphäre muss jedem Subjekt die Möglichkeit gewährt werden, eine Form der Selbstverwirklichung anzustreben, die nicht mit jener, die man innerhalb der Sphäre des Marktes erreichen kann, zusammenfällt.

Im Neoliberalismus jedoch entfällt die Trennung zwischen diesen beiden Sphären, schwindet allmählich und wird regelrecht getilgt. Dies geschieht nicht, weil die ökonomische Sphäre in ihrem Inneren die gesamte politische Sphäre absorbiert. Wenn dem so wäre, hätten diejenigen recht, die behaupten, dass in der Zeit des Neoliberalismus der Staat verschwunden wäre und dass folglich die Ökonomie an die Stelle der Politik getreten wäre. Foucault zeigt jedoch sehr deutlich, dass die neoliberale Regierungsstrategie in einer Ausdehnung der Regierungshandlung und nicht in deren Verringerung besteht. Der ausschlaggebende Punkt ist, dass sich ein solches Handeln ausgehend von einem Diskurs strukturiert, dessen Wurzeln in der Anthropologie der Wirtschaftswissenschaft liegen. Eine ökonomische Wissenschaft, die die liberalen Voraussetzungen, auf denen sie sich bis Ende des 19. Jahrhunderts gründete, hinter sich gelassen hat und sich selbst vollkommen neue Aufgaben gesetzt hat. Das Ziel der Ökonomie, das die Grundlage des gesamten neoliberalen Programms darstellt, besteht dabei nicht mehr in der Analyse der Formen des Tausches; vielmehr befasst sich die Ökonomie jetzt damit, was ein Subjekt tut, wenn es die Zielsetzungen, die es verfolgt, und die Werkzeuge, über die es verfügt, innerhalb eines Entscheidungsprozesses in ein bestimmtes Verhältnis setzt.

Mit anderen Worten, es war eine Revolution auf der Ebene der Episteme, die die Entstehung der neoliberalen Biopolitik ermöglicht hat¹¹ und nicht das Ein-

11 Zu diesem Aspekt vgl. v.a. Giandomenica Beggio/Giovanni Leghissa, *The Origins of Neoliberalism. Insights from economics and philosophy*, London/New York 2017.

treten des Postfordismus oder die Durchsetzung der Finanzwirtschaft gegenüber der warenproduzierenden Wirtschaft und ebenso wenig das Aufkommen der digitalen Gesellschaft. Da sich die ökonomische Theorie selbst als Wissenschaft definiert, die sich mit der rationalen Entscheidung eines Akteurs befasst, hat sie die Basis für eine echte politische Gegenrevolution schaffen können, die darauf abzielt, das Handeln der Individuen und Gruppen auf höchst effiziente Weise zu steuern.¹² Da sich die Ökonomie mit all dem befasst, was ein Individuum im Laufe seiner Existenz tun kann – oder nicht tun kann –, schlägt der neoliberale Diskurs eine Politik vor, die die Entscheidungen der Individuen als etwas betrachtet, auf das der Staat mit seinem Handeln einwirken muss. Es handelt sich um einen Staat, der zwar mit den Parametern der Ökonomie argumentiert, jedoch nicht mit Blick auf die Verbesserung der ökonomischen Leistungen der Nation hinsichtlich Wachstum und Entwicklung, sondern vielmehr mit Blick auf eine bessere Verwaltung sowohl der (in erster Linie menschlichen) Ressourcen als auch der Güter und Dienstleistungen, die es zu verteilen gilt.

Man könnte auch sagen, dass der Staat zur Zeit des Neoliberalismus nicht aufhört, in biopolitischen Kategorien zu agieren, dass er dies jetzt – im Vergleich zur Zeit des Liberalismus – jedoch mit der Effizienz eines Unternehmens tut. An diesem Punkt gewinnt das Konzept des Unternehmens zentrale Bedeutung, wie Foucault in seiner Vorlesung zur Biopolitik 1978-1979 verdeutlicht. Die Individuen werden vom Bürger zum Kunden eines Staates, der durchaus ihre Bedürfnisse lenkt, der aber gleichwohl erwartet, dass die Individuen selbst jene Risiken tragen, die allein das Leben bereits mit sich bringt.¹³ Die Definition des Neoliberalismus als „Ökonomisierung des Sozialen“ macht daher nur Sinn, wenn man begreift, dass einerseits das ökonomische Programm des Neoliberalismus von Beginn an ein politisches Programm war, und dass andererseits die Formen der biopolitischen Gouvernementalität, die die Nationalstaaten seit einigen Jahrzehnten implementieren, eben gerade Formen der Herrschaft sind, also Strategien, die das Verhalten von Individuen und Gruppen steuern.¹⁴ Der neoliberale Staat wird umso präsenter und einschneidender sein, je unsichtbarer und ferner er ist – d.h. je weiter er seine Bestimmung zur eigenen Gouvernementalisierung bis ins Übermaß vorangetrieben hat.

12 Vgl. Sonja M. Amadae, *Rationalizing Capitalist Democracy. The Cold War Origins of Rational Choice Liberalism*, Chicago 2003.

13 Vgl. Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hgg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main 2000; Ulrich Bröckling, *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt am Main 2007.

14 Es ist außerdem wichtig anzumerken, dass dieser Aspekt deutlich seit der Formulierung des neoliberalen Programms zutage tritt, d.h. seit den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts: Milton Friedman, „Neo-liberalism and its prospects“, in: *Farnand* 7(1951), S. 89-93.

2. Organisieren und Regieren

Für einen Philosophen, der Foucault war und der er sein wollte, äußert sich das Problem des Neoliberalismus daher ausgehend von folgender Frage: Welcher Zusammenhang besteht zwischen ökonomischem Diskurs und Regierungsformen, die diesen ökonomischen Diskurs als Basis der Regierungsrationalität aufgreifen, sowie Subjektivierungsprozessen? Außerhalb des philosophischen Diskurses scheint die Frage nach den Prozessen der Subjektivierung keinen Platz zu finden. Auch eine radikale Infragestellung der vorherrschenden Rationalitätsmodelle stellt kein unmittelbares Forschungsanliegen im Bereich der Humanwissenschaften dar. Dennoch ist die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik in den wissenschaftlichen Disziplinen, die abseits des ökonomischen *Mainstream*-Diskurses wirken, stark präsent. In diesen Forschungsgebieten besteht allgemeiner Konsens über die Tatsache, dass die Herrschaft der Ökonomie eine durch und durch politische Angelegenheit ist, wie bereits Foucault eindeutig erkannt hatte.

Zahlreiche der jüngeren Studien zur Globalisierung beispielsweise zeigen uns ein Bild der gegenwärtigen Welt, in der die Nationalstaaten noch immer eine zentrale Rolle spielen. Der Markt erweist sich dabei als eine Institution neben anderen Institutionen und lässt sich daher nur dann erfassen, wenn er innerhalb der Gesamtheit der Institutionen, die zu seinem Fortbestehen beitragen, eingeordnet wird.¹⁵ Das Funktionieren des Marktes kann nur dann gewährleistet werden, wenn das Netz der internationalen Beziehungen funktioniert. Die Preise der verschiedenen Güter stellen keinen Faktor der Koordination innerhalb des Marktes dar, sie senden lediglich Signale, die dann von jenen interpretiert werden müssen, die den Markt koordinieren. Folglich ist die Untersuchung des Marktes in Bezug zu anderen Formen der Koordination des menschlichen Handelns, mit denen der Markt interagiert, von maßgeblicher Bedeutung. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Nationalstaaten: Jeder von ihnen reguliert nicht nur die eigene interne Wirtschaft, sondern leistet auch seinen Beitrag zur Gestaltung und Formung der globalen Wirtschaft gemäß der Position, die er innerhalb der internationalen Beziehungen einnimmt.¹⁶

In diesem Sinne sollte der Grundsatz, der aus der Tradition der realistischen Schule im Bereich der Disziplin, die die internationalen Beziehungen untersucht, hervorgeht, nicht außer Acht gelassen werden: Jeder Staat verfolgt stets

¹⁵ Vgl. Neil Fligstein, *The Architecture of Markets. An Economic Sociology of Twenty-First Century Capitalist Society*, Princeton (N.J.) 2001.

¹⁶ In Anbetracht der mittlerweile höchst umfangreichen Literatur zu diesem Thema, sei an dieser Stelle lediglich auf folgende Texte verwiesen: Eric Helleiner, *States and the Reemergence of Global Finance: From Bretton Woods to the 1990s*, Ithaca/London 1994; Marie-Laure Djelic/Sigrid Quack (Hgg.), *Globalization and Institutions: Redefining the Rules of Economic Game*, Cheltenham 2003; Jean-François Bayart, *Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation*, Paris 2004; Marie-Laure Djelic/Kerstin Sahlin-Andersson (Hgg.), *Transnational Governance: Institutional Dynamics of Regulation*, Cambridge 2006.

eine Machtpolitik, und er tut dies in dem Maße, wie es ihm durch die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erlaubt ist. Diese Mittel sind in erster Linie mit der militärischen Macht verknüpft. Letztere ist jedoch nicht von der ökonomischen Macht zu trennen bzw. von der Rolle, die der Staat im Bereich der globalen Ökonomie spielt.¹⁷

Gewiss wäre es ebenso wenig angemessen, ohne jeglichen Vorbehalt den Blickwinkel der realistischen Schule einzunehmen und dieser die Macht zuzuschreiben, alles erklären zu können. Gleichwohl erscheint es mir nicht minder kurzsichtig, die Tatsache zu ignorieren, dass sich die Welt noch in einem Rahmen situiert, den man als ‚post-westfälisch‘ bezeichnen könnte. Eine ausgeglichene Sichtweise auf den aktuellen Stand der Dinge könnte also folgendermaßen formuliert werden: Die Nationalstaaten sind von dem Rahmen der internationalen Beziehungen, die sie selbst geschaffen haben, abhängig. Den größten Beitrag zur Festsetzung der Regeln, die diesen Rahmen steuern, leisten ganz offenkundig jene Staaten, die im Vergleich zu den anderen eine herausragende Position innehaben. Sind diese allgemeinen Spielregeln jedoch einmal akzeptiert, kann sich niemand mehr den Verpflichtungen entziehen, die diese Regeln auferlegen.¹⁸ Eine Macht wie die Vereinigten Staaten wird dank ihrer sowohl militärischen als auch ökonomischen Stellung vielleicht noch für lange Zeit einen großen Einfluss auf die internationalen Beziehungen ausüben.¹⁹ Allerdings lassen sich die derzeitigen Verhältnisse nicht als ein Szenario begreifen, in dem die Nationalstaaten als einzige Akteure auftreten. Es besteht vielmehr eine Wechselwirkung zwischen dem Handeln der Staaten und dem Handeln anderer Akteure, vornehmlich der länderübergreifenden Institutionen. Es ist sehr wohl Aufgabe der Institutionen, die von den Nationalstaaten abhängig sind, den globalen Markt zu schaffen; sobald jedoch diese Institutionen geschaffen worden sind, erhalten sie eigene Handlungsautonomie.

Der Aspekt, auf den ich im Folgenden den Fokus richten möchte, ist die zentrale Bedeutung, die das Unternehmen als Akteur einnimmt. Wenn im Spiel der Märkte die Großunternehmen Seite an Seite oder neben den Staaten agieren, muss die uns vertraute Unterscheidung von Ökonomie und Politik vollkommen aufgegeben werden: Zunächst gilt es, die politische Rolle der Unternehmen zu begreifen – erst danach werden wir in der Lage sein, deren biopolitische und anthropotechnische Rolle zu erfassen. Foucault hat aufgezeigt, dass die Logik des Neoliberalismus genau auf dieser Unmöglichkeit einer Unterscheidung von Ökonomie und Politik beruht; der Schritt, der nun vollzogen werden muss, be-

17 Vgl. hierzu: John J. Mersheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001.

18 Auch hier sei lediglich auf zwei Texte der umfangreichen Literatur hingewiesen: William K. Carroll/Colin Carson, „Forging a New Hegemony? The Role of Transnational Policy Groups in the Network and Discourses of Global Governance“, in: *Journal of World System Research* 9 (2003), S. 66-102; Nitsan Chorev, „The Institutional Project of Neo-Liberal Globalism: The Case of the WTO“, in: *Theory and Society* 34 (2005), S. 317-355.

19 Vgl. Robert H. Wade, „The Invisible Hand of the American Empire“, in: *Ethics & International Affairs* 17,2 (2003), S. 77-88.

steht darin, zu begreifen, inwiefern Großunternehmen politisch handeln – inwiefern also der symbolische Raum, der das Zeitalter des Neoliberalismus vorbestimmt, von der Wechselwirkung zwischen Organisationen und Institutionen geformt wurde.

Während der gesamten Dauer seines Bestehens befasste sich der liberale Staat damit, nationale Identitäten und gemeinsame Wertesysteme zu schaffen (Werte, so muss festgehalten werden, die im Mutterland auf sehr unterschiedliche Art und Weise im Vergleich zu den Kolonien ausgelegt wurden). Dabei war es das Ziel, einen politischen Raum zu schaffen, der vor allem auf symbolischer Ebene von der ökonomischen Sphäre getrennt bleiben sollte. Dadurch konnte der liberale Staat den politischen Diskurs monopolisieren. Auf der anderen Seite wurden die Unternehmen vom Staat geschützt und waren in ihrem Handeln mehr oder weniger frei; sie konnten sogar auf das militärische Einschreiten des Staates bauen für den Fall, dass Bedarf an einer Verteidigung der eigenen Interessen bestand (sei es im Inneren oder außerhalb der Nationalstaaten: Es besteht Kontinuität zwischen kolonialer Expansion und Niederschlagung der Arbeiteraufstände). Die Dinge ändern sich, als der liberale Staat einerseits in die Krise gerät und andererseits das Großunternehmen damit beginnt, ein Selbstbild zu errichten, das Merkmale und Wesenszüge von hohem Symbolwert besitzt.

Zu Beginn ist ein derartiger Prozess in den Vereinigten Staaten am deutlichsten erkennbar,²⁰ doch im Laufe des 20. Jahrhunderts wird diese Entwicklung schließlich überall ausgelöst. Das Großunternehmen ist anfangs bestrebt, ein positives Bild von sich selbst aufzubauen, d.h. ein Bild, das in der Lage ist, Werte zu vermitteln, die nicht ökonomischer Natur sind. Es handelt sich um Werte, die auf den häuslichen Bereich, die Heimat, die Gemeinschaft verweisen – dies geschieht als Reaktion auf die Anschuldigungen, die sich gegen das Großunternehmen richten, allen voran der Vorwurf, es sei die Ursache für soziale Zersetzung. Mit anderen Worten, die Idee, dass der Arbeitsort ein Ort sein muss, an dem man eine Gemeinschaft aufbaut, entsteht nicht erst durch Steve Jobs oder durch die Jubelrhetorik, mit der jedes neue Start-up begrüßt wird, sondern entsteht bereits in dem Moment, in dem sich das Unternehmen als biopolitisches Subjekt erweist, d.h. als ein Subjekt, das sich der Individuen annimmt. Sich der Individuen anzunehmen bedeutet dabei nicht einfach, die Lebensbedingungen des Arbeitenden zu verbessern.²¹ Es bedeutet, eine Rhetorik der Arbeit zu entwickeln, die identitätsstiftende Strukturen vermittelt. Seit dem Zweiten Weltkrieg etabliert und verfestigt sich ein für alle Mal eine Rhetorik, die die Expansion des

²⁰ Vgl. Roland Marchand, *Creating the Corporate Soul. The Rise of Public Relations and Corporate Imagery in American Big Business*, Berkeley 1998.

²¹ Dieser Aspekt bzw. die Notwendigkeit die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, beginnt sich seit den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts in der gesamten westlichen Welt durchzusetzen. Exemplarisch in diesem Sinne ist die Gründung des Amtes für die Schönheit der Arbeit im Dritten Reich. Vgl. hierzu Anson G. Rabinbach, „The Aesthetics of Production in the Third Reich“, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 43-74.

amerikanischen Großunternehmens und die Expansion der Vereinigten Staaten als Weltmacht auf dieselbe Stufe stellt. Es setzt sich also die Idee durch, dass die Begünstigung einer weltweiten Ausbreitung der amerikanischen Werte gleichbedeutend sei mit dem garantierten Zugang der Großunternehmen zu allen Märkten sowie der Bewahrung einer starken militärischen Stellung. Die Berufung der Vereinigten Staaten zum mächtigen Land, das eine Mission zu erfüllen hat – eine beinahe soteriologische Mission –, spiegelt sich vollends im Bild wider, das die Großunternehmen von sich selbst haben: Diese verstehen sich nicht als einfache Produzenten von materiellen Gegenständen, die bestimmte Bedürfnisse befriedigen sollen, sondern die unmittelbar dazu beitragen, die Denkart einer Nation, die eine hegemoniale Position auf globaler Ebene anstrebt, zu formen.

Offenkundig wäre die Schaffung eines Raumes, in dem sich Großunternehmen und Machtpolitik durchdringen, ohne die tiefschürfende Veränderung der Episteme, die oben besprochen wurde, nicht möglich gewesen. Gerade in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hört das Wissen der Ökonomen auf, ein Wissen der Analyse – und der Anweisung – zu sein, durch das die Grenze zwischen der Sphäre des Marktes und der des Politischen verläuft. Mit anderen Worten, das Wissen der Ökonomen hört auf, Verfechter der Idee zu sein, nach der die Aufgabe der Institutionen darin besteht, zu garantieren, dass niemand im Raum des Marktes eine Monopolstellung besetzt. Tatsächlich leitet sich die Rechtfertigung für die Schaffung von Monopolen aus dem Wissen der Ökonomen her. Die Chicagoer Schule, die als die Wiege der neoliberalen Bewegung gelten kann, verknüpft den eigenen Erfolg mit dem Aufkommen des ökonomischen Diskurses, der eine Verteidigung des Marktes vor jener ‚Gefahr‘, die aus der Sicht des klassischen Liberalismus von den Monopolen und den großen Zusammenschlüssen von Unternehmen ausging, für falsch hält. Henry Simons – ein Liberaler der alten Schule – behauptete, dass die Monopole sogar eine Gefahrenquelle für das demokratische Gefüge der Gesellschaft seien.²² Seine Chicagoer Schüler hingegen bemühten sich mit allen Mitteln darum, die Idee durchzusetzen, dass das einer monopolistischen Bestimmung folgende Großunternehmen nicht nur keinen Schaden für das Funktionieren der Märkte bedeutet, sondern dass es als rationaler ökonomischer Akteur die einzig mögliche Verhaltensweise zeige.²³ Somit wird das Großunternehmen zur mustergültigen Verkörperung des ökonomischen Akteurs.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, lässt sich die Gouvernentalisierung des Staates, von der Foucault spricht, besser als die wechselseitige Durchdringung von Unternehmen und Staat interpretieren, welche jeweils auf ihre

22 Vgl. Henry C. Simons, *Economic Policy for a Free Society*, Chicago 1948.

23 Vgl. Rob Van Horn, „Reinventing Monopoly and the Role of Corporations: The Roots of Chicago Law and Economics“, in: Philip Mirowski/Dieter Plehwe (Hgg.), *The Road from Mount Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*, Cambridge (Ma.)/London 2009, S. 204-237.

Weise dazu beitragen, sowohl die kollektiven Identitäten zu formen als auch Handlungsräume auf geopolitischer Ebene zu schaffen. Es gilt nun zu überlegen, inwiefern sich das Unternehmen auch als jenes Subjekt, das das Leben lenkt, erweist, d.h. als das biopolitische Subjekt. Hierfür liefert die Forschungsliteratur im Rahmen der Organisationstheorie einen entscheidenden Ausgangspunkt. Besonderes Merkmal dieses mittlerweile äußerst umfangreichen Textkorpus ist von Beginn an die Vermischung aus Beschreibung und Vorschrift.²⁴ Einerseits geht es darum, ein soziologisches – seit einigen Jahren auch ethnografisches – Wissen über die Funktionsweise von Organisationen zu schaffen. Andererseits geht es darum, das reibungslose Funktionieren der Organisationen durch Vorschriften anzuleiten, also das Management im Sinne der Umsetzung der eigenen Ziele zu führen. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass solche Ziele niemals ausschließlich ökonomischer Natur sind. Die Organisationstheorie kann nicht allein das Unternehmen zum Untersuchungsgegenstand haben, da sie das Funktionieren jeder Gruppe von Individuen, die sich zum Erreichen eines gemeinsamen Ziels zusammenschließen, beschreiben will. Die Organisationstheorie ist immer auch ein Wissen über das Verhalten von Individuen bzw. über die Art und Weise wie dieses Verhalten gesteuert werden kann.

Mit der Einführung seines Konzepts der eingeschränkten Rationalität wollte sich Herbert Simon dem neoklassischen Paradigma entgegenstellen, dem zufolge das Subjekt über die Fähigkeit verfügt, den weiteren Verlauf seiner Handlungen vorherzusehen, um die erwarteten Ergebnisse der eigenen Entscheidungen zu optimieren. Allerdings, so wurde später gezeigt, bietet auch das von Simon erarbeitete Modell keine echte Alternative zum Modell der Rationalität, wie es von der herkömmlichen ökonomischen Theorie vorgeschlagen wird.²⁵ In der Folge führte die neoinstitutionalistische Strömung (verbunden mit solchen Namen wie z.B. North oder Williamson, um nur die bekanntesten Vertreter zu nennen) das theoretische Paradigma der Organisationstheorie noch ausdrücklicher zu ihrem Ursprung in der *Mainstream*-Wirtschaftstheorie zurück und nimmt somit ihren Ausgangspunkt in der Theorie der rationalen Entscheidung. Dies ist für den hier verhandelten Zusammenhang jedoch weniger von Interesse. Wesentlich bemerkenswerter ist nämlich die Tatsache, dass das Konzept der Organisation einen notwendigen Bezug zur Dimension der Herrschaft beinhaltet.

Bei genauerer Betrachtung der Art und Weise, wie Simon in seinem gemeinsam mit March verfassten Buch von 1958 die Organisationen beschreibt, stellt man fest, dass der Diskurs über die Organisationen unmittelbar die Politik bzw. die Steuerung des Lebens der Individuen betrifft.²⁶ Eine Organisation zu führen,

24 Chester Barnards Werk von 1938 kann als Ansatzpunkt im Rahmen der Disziplin gelten: Chester I. Barnard, *Die Führung großer Organisationen*, Essen 1970.

25 Vgl. z.B. Amartya Sen, *Rationality and Freedom*, Cambridge (Ma.) 2002, S. 193.

26 Vgl. James G. March/Herbert A. Simon, *Organisation und Individuum. Menschliches Verhalten in Organisationen*, Wiesbaden 1976; James G. March, „The Business Firm as a Political Coalition“, in: *The Journal of Politics* 24,4 (1962), S. 662-678.

bedeutet, die Individuen dazu zu motivieren, am organisatorischen Spiel teilzunehmen; es bedeutet, das Setzen von Anreizen, die niemals nur monetär sind, zu regulieren; es bedeutet, narrative Szenarien zu entwickeln, die dazu dienen, einen gemeinsamen symbolischen Raum zu schaffen; es bedeutet, die Herausbildung von Koalitionen im Inneren der Organisation zu fördern, welche wiederum den Zusammenhalt und nicht die Zersplitterung begünstigen; es bedeutet, jene routinemäßigen Verhaltensweisen zu erzeugen, die es ermöglichen, unvorhergesehene Situationen zu bewältigen, wenn diese unvermittelt auftreten (mit anderen Worten, es bedeutet, Innovation zu erzeugen); es bedeutet, der Organisation das Absorbieren von Unsicherheit zu ermöglichen; es bedeutet vor allem, die Anspruchsniveaus der Individuen, die die Organisation selbst bilden, zu lenken (d.h. zu gestalten und zu formen).

Vornehmlich die letzten beiden Aspekte, die eng miteinander verquickt sind, müssen besonders hervorgehoben werden. Das Problem der Unsicherheit ist ein Dreh- und Angelpunkt in der Erfahrung der modernen Welt.²⁷ Das moderne Subjekt kann sich im zwischenmenschlichen Bereich nicht länger auf die traditionellen Systeme der Vertrauensproduktion und -reproduktion verlassen; demzufolge ist das Risiko, dass seine ontologische Sicherheit (bzw. die Wahrnehmung, dass eine gewisse Stabilität die umgebende Welt und die in ihr befindlichen sozialen Beziehungen kennzeichnet) erschüttert und infrage gestellt wird, stets sehr hoch. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, künstliche Systeme zu produzieren, welche Stabilität garantieren. Diese Systeme müssen als verlässlich eingeschätzt werden, sie müssen Vertrauen erzeugen und müssen ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Man denke beispielsweise an die Standardisierung der wissenschaftlichen Kompetenzen, die das Forschungssystem garantiert: Nimmt man an, dass es irgendwo eine Gemeinschaft von Experten gibt, die mehr wissen als wir selbst, dass diese Gemeinschaft also verlässliche Kompetenzen in Bezug auf den Zustand der Welt besitzt, so ist es möglich, sich auf sie zu verlassen, um Probleme zu lösen, die keiner von uns mit den eigenen Kompetenzen zu lösen imstande wäre. Wenn wir aber diesen Diskurs auf die Organisationsdynamiken ausweiten, dann ist es durchaus sinnvoll, die Organisationen als Systeme zu begreifen, die Unsicherheit reduzieren. Innerhalb der Organisationen ist es von maßgeblicher Bedeutung, verlässliche routinierte Handlungsabläufe zu schaffen, aber auch die richtige Verfahrensweise im jeweiligen Kontext einzusetzen. Wie bereits Luhmann dargelegt hat, wird die Diskussion über die Wahrheit, Gerechtigkeit und allgemein über die letzten Werte, die definitionsgemäß höchst umstritten sind, im Laufe der Moderne durch die Implementierung von Prozeduren ersetzt.²⁸ Diese absorbieren Unsicherheit, insofern sie die geltende Ordnung legitimieren und die Erwartung erfüllen, dass diese Ordnung auch weiterhin so funktionieren wird wie bisher. Dieser Aspekt ist eng mit der Steuerung der Anspruchsniveaus verbunden. Wenn die Anspruchsniveaus derer, die am organisatorischen Leben

²⁷ Anthony Giddens, *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main 1996.

²⁸ Niklas Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt am Main 1983.

teilnehmen, nicht koordiniert werden, erzeugt man im Inneren der Organisationen zwangsläufig eine Reihe von unauflösbaren Konflikten. Eine Gruppe von Individuen zu koordinieren – sich ihres Lebens anzunehmen, um in Foucaults Begrifflichkeiten zu sprechen – bedeutet, so vorzugehen, dass jedes Mitglied der Organisation die Möglichkeit haben kann (oder zumindest glaubt, sie zu haben), das (unvermeidliche und konstitutive) Missverhältnis zwischen dem eigenen Anspruchsniveau und den objektiven Erfordernissen der Organisation auszuhandeln. Wenn diese Aktivität zur Führung der individuellen Anspruchsniveaus mittels Prozeduren geschieht, die alle Mitglieder der Organisation anerkennen (z.B. weil sie Kriterien der Gleichheit oder Fairness entsprechen), lässt sich das Konfliktniveau im Inneren der Organisation deutlich reduzieren.

Anders gesagt: Man muss den Organisationen vertrauen können. Als banales Beispiel führe man sich die neue Beschaffenheit der Arbeitswelt vor Augen, die die westlichen Gesellschaften seit einigen Jahrzehnten kennzeichnet. Wenn die Organisationen solche Strategien der Beschäftigung der Individuen wählen, welche nicht mit einem wertsteigernden Einsatz der jeweiligen Fähigkeiten einhergehen oder gar ein Ausbleiben jeglicher Anerkennung für die vollbrachte Arbeit bewirken, erfolgt als Reaktion stets große Frustration. Die Individuen fühlen sich in einem solchen Fall verraten.²⁹ In den letzten Jahrzehnten ereignete sich in der gesamten westlichen Welt eine enorme Umstrukturierung der Arbeitswelt, die zu einer Vervielfältigung der Formen einer befristeten Beschäftigung führte (ein Phänomen, das einige mit Rekurs auf die Kategorie des ‚Postfordismus‘ beschreiben); vor diesem Hintergrund stieg die Unsicherheit exponentiell an. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Individuen allein vom Eintritt in ein stabiles und strukturiertes Organisationsgefüge die Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses erwarten. Dass sowohl die Nationalstaaten als auch die Organisationen derzeit nicht mehr beabsichtigen, allen einen würdigen und gerechten Zugang zur Sicherheit zu garantieren, bedeutet allerdings keinesfalls, dass die allgemeine Erwartung, ein Leben ohne Risiko zu führen, geringer geworden wäre. Es bedeutet, dass die Steuerung des Risikos zu einer Machtstrategie geworden ist, die es erlaubt, die vertragliche Macht der einzelnen Individuen gegenüber den Unternehmen sowie den öffentlichen Institutionen zu reduzieren.³⁰

Jedoch jenseits der Machtstrategien, die das allgemeine soziale Gefüge steuern, ist es – aus systematischer Sicht – sinnvoll, die Reduktion der Komplexität und die Schaffung von Vertrauen als zwei miteinander verschmolzene Phänomene zu betrachten. Hierzu trägt maßgeblich die Ausweitung der Unternehmensform als Ort der primären Sozialisation bei. Von der Proliferation der Formen der organisatorischen Kontrolle erwartet man eine größere Effizienz bei der Lösung von Konflikten. Das Bedürfnis nach einer Rückkehr zur Diskussion von Werten wie Gerechtigkeit oder Gleichberechtigung mit dem Ziel, einen gemeinsamen öffentlichen Raum zu schaffen, in dem die Kollektive (im Sinne La-

29 Vgl. hierzu die klassische Studie von Richard Sennett, *Der flexible Mensch*, Berlin 1998.

30 Vgl. Robert Castel, *Die Stärkung des Sozialen. Leben im Neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg 2005.

tours) über ihre Zukunft reflektieren, ist sicherlich verbreitet. Dennoch scheinen die Kosten der Demokratie zu sehr gestiegen zu sein. Es ist wesentlich zuverlässiger – und daher weniger kostspielig – die Kollektive zu lenken, indem man zur Lösung von Konflikten diejenigen Prozeduren anwendet, die seit Langem innerhalb von Organisationen so gut zu funktionieren scheinen. Der Neoliberalismus ist im Grunde nichts anderes als der Versuch, die *polis* mit den Methoden der Unternehmensführung zu handhaben.

3. Die anthropologische Voraussetzung des organisatorischen Verhaltens

Es wäre allerdings falsch, die Nicht-Trennung von organisatorischen und institutionellen Logiken als ein typisches Merkmal allein des Neoliberalismus zu betrachten. Wenn man sich mit dieser Frage aus anthropologischer Perspektive befasst, stellt man fest, dass das Problem der Verlässlichkeit der organisatorischen Prozeduren als Instrumente zur Komplexitätsreduktion über eine Untersuchung, deren zentraler Referenzpunkt allein die Moderne ist, hinausweist.

Zunächst mag diese Überleitung in eine weiter gefasste Perspektive schroff und übereilt wirken. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass für Foucault die Analyse des Unterschieds zwischen Liberalismus und Neoliberalismus hauptsächlich eine Analyse der Funktionsweise der Rationalitätsmodelle in Bezug auf einige historisch gegebene Praktiken ist. Hieraus ergibt sich ein wertvoller Hinweis: Die Rationalität hat eine Geschichte, sie äußert sich niemals auf eindeutige Weise, sondern entfaltet sich jedes Mal mit Bezug auf bestimmte Kontexte. Der Diskurs der philosophischen Anthropologie, der sich vom Ansatz eines Autors wie Foucault recht weit zu entfernen scheint, hilft dabei, den richtigen konzeptuellen Rahmen, in dem die Historizität der Rationalitätsmodelle einzufassen ist, bereitzustellen. Wenn man mit Rekurs auf Blumenberg³¹ behauptet, dass die Rationalität eines unter mehreren Organen ist, das sich *homo sapiens* im Laufe seiner Entwicklungsgeschichte verschafft hat, um die Unmittelbarkeit des Realen im Zaum zu halten und um eine Art Zwischenraum zwischen sich selbst und der äußeren Welt einzurichten, dann scheint es logisch, das Auftreten der Rationalitätsmodelle, die die Grundlage des organisatorischen Verhaltens bilden, als eines von mehreren Beispielen jener *actio per distans* zu untersuchen, welches es dem Menschen ermöglicht, die Angst, die jede Begegnung mit der Komplexität der Welt mit sich bringt, zu bändigen.

In diesem Punkt reichen die Untersuchungen von Autoren wie Giddens oder Luhmann, die mit Nachdruck den Wendepunkt, der mit dem Aufkommen des Zeitalters der Moderne einherging, betonen, nicht mehr aus. Die Art und Weise,

³¹ Vgl. Hans Blumenberg, *Beschreibung des Menschen*, hg. von Manfred Sommer, Frankfurt am Main 2006.

in der sich das Problem der Komplexität – sowie der Risikosteuerung, die eine Komplexitätssteigerung nach sich zieht – in der Moderne äußert, weist zweifelsohne eigentümliche Merkmale auf. Dies darf keinesfalls als nebensächlich abgetan werden. Wenn es allerdings zutrifft, dass sich die Steuerung der Komplexität verändert, als die Moderne die funktionale Differenzierung einführt, dann trifft es ebenfalls zu, dass das Problem der Reduktion der Komplexität (sowie des Risikos) auf anthropologische Konstanten verweist, deren Genese nicht nur seit dem Aufkommen der Moderne erklärt werden kann.

Mein Vorschlag dahingehend wäre, das Eintreten der Sedentarisierung als einen Moment zu begreifen, in dem ein Übergang von einer nicht-hierarchischen sozialen Struktur hin zu einer hierarchischen stattfindet. Vor der Sesshaftwerdung vereinten sich verschiedene Gruppen unterschiedlicher Herkunft auch für längere Zeiträume. Dies belegen z.B. die megalithischen Monumente wie Stonehenge – und allgemein die aus großen Steinformationen bestehenden *henge*, die auf den Britischen Inseln zu finden sind. Um diese Bauwerke errichten zu können, waren unzählige gemeinschaftliche Arbeitsstunden vonnöten – eine Arbeit also, die offenkundig eine ausgefeilte Koordination erforderte. Dennoch wurden erst mit dem Aufkommen fester Siedlungen die Grundlagen für die Erzeugung jener hierarchischen Sozialstrukturen geschaffen, die *grosso modo* noch den unseren entsprechen.³²

Das Phänomen der Sedentarisierung ist vielschichtig und komplex. Heute spricht niemand mehr von der ‚Neolithischen Revolution‘, um den Rahmen, in dem sich diese Entwicklung abspielt, zu beschreiben. Der Übergang vom Leben in kleinen nomadischen oder seminomadischen Gruppen zu sesshaften Gruppen vollzog sich über einen langen Prozess im Zeitraum zwischen vor 25.000 und 7.000 Jahren. Der Auszug aus Afrika und die Besiedelung der Erde durch *homo sapiens* beginnen vor ca. 60.000 Jahren. Ab diesem Punkt setzt die enorme kulturelle Differenzierung ein, die die Entwicklung der verschiedenen, über den gesamten Planeten verstreuten Menschengruppen kennzeichnet. Gewiss besteht das Bedürfnis nach der Überquerung von Wasserwegen und nach Handel über große Distanzen hinweg bereits im Paläolithikum. Eine Tatsache, die den Austausch von Ideen und Denksystemen bestätigt. Überdies ist offenkundig, dass der Übergang zur Sedentarisierung von Faktoren verursacht wurde, die sich genau definieren lassen und die demzufolge überall auf ähnliche Weise gewirkt haben dürften. Dennoch hindert uns die globale Verbreitung des *homo sapiens* im Anschluss an seine Auswanderung vom afrikanischen Kontinent daran, den Übergang vom Epipaläolithikum zum akeramischen Neolithikum als einen homogenen und unvermittelt auftretenden Vorgang zu begreifen. Kurz gesagt, es sind sowohl geografische als auch zeitliche Unterschiede, die uns heute dazu veranlassen, das Eintreten der Sedentarisierung als einen Prozess zu

32 Vgl. Colin Renfrew, *Prehistory: The Making of the Human Mind*, London 2007.

verstehen und nicht als ein Ereignis, das sich eindeutig in Zeit und Raum verorten ließe.³³

Auch wenn dieser Aspekt aus methodologischer Sicht nicht unbedeutend ist, soll der Schwerpunkt nun wieder auf die Konsequenzen, die die Sedentarisierung für den hier verhandelten Untersuchungszusammenhang hat, gelegt werden. Die Kombination der Faktoren, die zur Sesshaftwerdung geführt haben – seien diese nun dem Bereich der Umwelt oder der Kultur zuzuordnen – sind hierfür nicht von Interesse. Vielmehr geht es darum, die entscheidende Tatsache zu erfassen, dass die Sedentarisierung die Entstehung hierarchischer Strukturen mit sich gebracht hat, die von politischer ebenso wie anthropologischer Tragweite waren.

Aus anthropologischer Sicht geht das Aufkommen von Formen gemeinschaftlichen Lebens, die von Sedentarisierung gekennzeichnet sind, natürlich mit der Arbeitsteilung einher; darüber hinaus aber auch und vor allem mit dem Vorhandensein symbolischer Sphären, innerhalb derer Systeme von Differenzen wirken, die die operative Beschaffenheit von Hierarchien widerspiegeln. Vier Bereiche werden von diesen Sphären mit Sinn aufgeladen – und dies kontinuierlich seit der Epoche der Sedentarisierung bis heute. Zunächst ist da der Bereich, den wir im weiteren Sinne als religiös bezeichnen können und in dessen Rahmen sich die Unterscheidung von menschlich und göttlich verortet. Sei es, dass der mythische Kontext theistisch fassbar ist, sei es, dass eine religiöse Konzeption ohne Bezug zu einer Theologie (Buddhismus, Taoismus etc.) ausgearbeitet wird – es äußert sich deutlich die Idee, dass es ein ‚Oben‘ und ein ‚Unten‘ gibt, d.h. einen von den Menschen bewohnten Seinsbereich, der vom Bereich, der von den Toten bzw. den Göttern bewohnt wird, oder einfach von einer kosmischen Ordnung, die der kontingenten Existenz der Menschen vorausgeht und sie begründet, getrennt gehalten werden muss. Alsdann gibt es die Unterscheidung zwischen dem Männlichen und dem Weiblichen, deren Funktion es ist, auf unterschiedliche Weise die Unterordnung des Weiblichen unter das Männliche zu rechtfertigen. An dritter Stelle sind die kriegerischen Aktivitäten zu nennen, durch die eine sehr präzise Unterscheidung zwischen Freunden und Feinden vorgenommen wird. Auseinandersetzungen kriegerischer Gewalt zwischen den Völkern der Jäger und Sammler sind bekanntermaßen gang und gäbe – und von der Archäologie ausführlich belegt. Die kriegerische Gewalt war in prähistorischen Epochen nicht weniger grausam als jene, die den Krieg zwischen den Völkern der so genannten Hochkulturen bestimmt. Aus naheliegenden logistischen Gründen waren die Kriege unter Jägern und Sammlern vornehmlich raumzeitlich verortet und weniger organisiert.³⁴ Die Auseinandersetzungen zwischen Städten – oder

33 Für eine Einordnung des Paradigmenwechsels, der den Diskurs über die ‚Neolithische Revolution‘ obsolet machte, vgl. Trevor Watkins, „The Neolithic in Transition. How to Complete a Paradigm Shift“, in: *Levant* 45,2 (2013), S. 149-158.

34 Vgl. Lawrence H. Keeley, *War Before Civilization. The Myth of the Peaceful Savage*, Oxford/New York 1996.

zwischen souveränen Staaten – sind Ereignisse, die von dem Moment an, in dem für den Kämpfenden die Verknüpfung zwischen kriegerischer Aktivität und Verteidigung der eigenen lebenswichtigen Interessen nicht mehr offensichtlich ist, weitaus mehr materielle wie auch psychische Ressourcen mobilisieren. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Hierarchie zwischen Freund und Feind im kollektiven Erlebnis irgendwie zu festigen. Abschließend ist die Hierarchie zwischen Lebewesen, die man verzehren darf, und Lebewesen, die man lieben und als Teil einer Familie wahrnehmen kann, zu erwähnen. Den exakten Verlauf der Grenzlinie zwischen tierischer Unterlegenheit und menschlicher Überlegenheit festzulegen, ist immer eine Antwort auf bestimmte symbolische Bedürfnisse, die mit dem gesamten System aus Überzeugungen einer kulturellen Tradition verschmolzen sind.

Jenseits der Verflechtung dieser vier Bereiche, die hier nicht weiter analysiert werden soll, ist vor allem die Tatsache von Bedeutung, dass wir es in allen vier Fällen mit hierarchisch geordneten Unterscheidungen zu tun haben. Die betreffenden Hierarchien sind den sozialen Praktiken sozusagen eingegliedert und beschränken sich nicht nur darauf, eine Gesamtheit an gemeinsamen Praktiken auf symbolischer Ebene ‚widerzuspiegeln‘.³⁵ Ich möchte hier eine These vorschlagen, wonach die Selbstverständlichkeit, mit der diese Hierarchiesysteme angenommen werden, die Ausweitung einer hierarchischen Konzeption der Interaktion zwischen Akteuren verfügbar macht. So ließe sich sagen: Hat man einmal eine bestimmte Vertrautheit mit einer kosmischen Ordnung oder, wie im Falle der modernen Gesellschaft, mit einer sozialen Ordnung, die auf Gegensatzpaaren beruht, welche die Inklusion und Exklusion (zwischen dem Menschlichen und dem Göttlichen, dem Männlichen und dem Weiblichen, zwischen Freund und Feind, zwischen dem Menschlichen und Tierischen) rechtfertigen, erlangt, dann wird es einfacher, Ordnung, Hierarchie, Stabilität und schließlich Komplexitätsreduktion miteinander zu verknüpfen.

All dies hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Verständnis vom organisatorischen Leben. Das Problem der Hierarchie betrifft nicht nur die militärischen oder religiösen Organisationen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Jede Organisationsstruktur muss auf die Sichtbarkeit – und folglich auf die *taken-for-grantedness* – der Art und Weise, in der sie ihre innere Hierarchie rechtfertigt und rational legitimiert, d.h. auf explizite Weise, bauen können. Dasselbe gilt jedoch auch für die symbolische Ebene. An diesem Punkt wird die anthropologische Tragweite der Organisationen greifbar: Die Organisationen machen *allein aufgrund*

35 Die Forschungsliteratur zur Verknüpfung zwischen dem Bereich, in dem die Interaktion zwischen materiellen Objekten innerhalb eines umrissenen physischen Rahmens stattfindet, und dem Bereich, in dem sich die Interaktion mit gemeinsamen Erzählungen, die eine soziale Ordnung begründen, abspielt, ist mittlerweile mehr als umfangreich. Es sei daher lediglich auf folgende Studien verwiesen: Carl Knappett/Lambros Malafouris (Hgg.), *Material Agency – Towards a non-Anthropocentric Approach*, New York 2008; Bruno Latour, *Reassembling the Social. An Introduction to Actor-Network-Theory*, Oxford 2005; Ian Hodder, *Entangled. An Archeology of the Relationship between Humans and Things*, Malden (Ma.) 2012.

der Tatsache, dass sie hierarchische Strukturen darstellen (so die These) den Austausch von Freiheit gegen Sicherheit, der das gemeinschaftliche Leben nach der Sesshaftwerdung charakterisiert, akzeptabel und letzten Endes tröstlich.

Weit vor der Entstehung der modernen Institutionen, noch ehe das kapitalistische Unternehmen Form annimmt, spielt sich das gemeinschaftliche Leben innerhalb der Begrenzungslinie einer urbanen Siedlung nicht in einem neutralen ‚sozialen Raum‘ ab, zu dem potentiell alle allein aufgrund der Tatsache, dass sie Bewohner dieser *polis* sind, Zugang hätten. Nur im mythischen Bereich ereignet sich eine solche Gemeinsamkeit des Schicksals, wie uns z.B. Homers *Hymnus an Demeter* lehrt. Im Schlussteil des Hymnus (*Hom. Hymnen, An Demeter* 481-482) wird behauptet, dass denjenigen, der nicht in die Mysterien eingeweiht wurde (*atelès hierôn*), nach dem Tod nicht das Los der Gleichen ereilt (*homoion aisan*), ihn also nicht das gleiche Schicksal trifft wie die Geweihten. Es handelt sich bekanntermaßen um jenes ‚gemeinsame Schicksal‘, das den Bewohnern der *polis* eine Gleichheit versprach, die im Leben jedoch lediglich den Bürgern, genauer den freien Männern mit Besitz, vorbehalten blieb. Jetzt ist der politische Raum, auch wenn er *de iure* allen Berechtigten Gleichheit auch im Diesseits garantiert, ein Raum, den man *de facto* nur durch die organisatorischen und institutionellen Räume hindurch betritt, mit denen die Subjekte in ihrem alltäglichen Leben in Kontakt kommen. Wie Foucault erläutert, ist der politische Raum ein gouvernementalisierter Raum, d.h. eine segmentierte Sphäre, die von einem Netz der Institutionen und Organisationen durchzogen ist. Diese Netze sind mächtige anthropotechnische Akteure – um einen Ausdruck von Sloterdijk zu gebrauchen –, deren Funktion, wie gezeigt, in der Komplexitätsreduktion liegt. Aber diese Reduktion von Komplexität fällt (vielleicht hauptsächlich) zusammen mit der strukturellen Unmöglichkeit, die Selbstverständlichkeit, mit der die Subjekte ihre Freiheit gegen Sicherheit eintauschen, infrage zu stellen. Diese Unmöglichkeit spielt sich vor allem auf der symbolischen Ebene ab, tangiert aber auch unmittelbar die politische Sphäre. Sie – die Unmöglichkeit der Infragestellung – sichert die Stabilität der sozialen Ordnung insgesamt, fördert somit ein gewisses homöostatisches Gleichgewicht, das die Garantie für Ordnung und Sicherheit ist.

Ebendieses Konzept ließe sich auch wie folgt ausdrücken: Die Tatsache, dass jedes Subjekt seine gesamte Lebenszeit nicht in einer ‚Gesellschaft‘ verbringt, sondern innerhalb der Begrenzungslinien einer Organisation, führt zu einer Einteilung der Menschen in zwei Kategorien: in jene, die befehlen und jene, die befehligt werden. Die Organisationsstrukturen, die sich nach der Sedentarisation durchgesetzt haben, machen das Auftreten eines dritten Verhaltenstypus zu einer kostspieligen Angelegenheit – das Verhalten derjenigen, die nicht befehligt werden wollen. Durchaus zutreffend ist daher die Hypothese von Boehm³⁶, wonach im Verlauf des Paläolithikums, bzw. in der Phase der Mensch-

36 Vgl. Christopher Boehm, *Hierarchy in the Forest: The Evolution of Egalitarian Behavior*, Cambridge 1999.

heitsgeschichte, die der Sedentarisierung vorausging, das Leben in kleinen Gruppen (hier kleine Gruppen, die vor 60.000 Jahren den afrikanischen Kontinent verlassen haben, um sich auf der ganzen Welt niederzulassen) ausgerechnet die Vorherrschaft eines ähnlichen Verhaltens erlaubte. Es handelt sich dabei um das Verhalten, das nach der Moderne ausschließlich von der republikanischen Tradition ins Zentrum der politischen Reflexion gestellt wird.³⁷ Eine solche Verhaltensweise ist mit sehr hohen Kosten verbunden. Die Existenz der Organisationen und Institutionen, wie sie infolge der Sedentarisierung entstehen, erschwert allein die Vorstellung, wieviel vorteilhafter es wäre, diese Kosten zu tragen, anstatt die Rolle der Untergeordneten einzunehmen.

Daraus ergibt es sich nun nicht unmittelbar, politische Überlegungen aus einer anthropologischen Perspektive abzuleiten. Dies hängt nicht nur mit der Tatsache zusammen, dass die Tradition der philosophischen Anthropologie des 20. Jahrhunderts (einschließlich Sloterdijks) immer schon eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Überlegungen politischer Art an den Tag legte. Es hängt auch damit zusammen, dass man möglicherweise eine wissentlich verschwiegene Naturalisierung des Politischen zu befürchten hat, sobald langfristige Prozesse evolviert werden, die die Evolutionsgeschichte mit der Kulturgeschichte vermengen. Nimmt man die Idee, dass die Vernunft eine Geschichte hat, ernst (eine Idee, die der Tradition der Aufklärung nicht fremd ist), so erscheint die Verschränkung von Evolutionsbiologie und politischer Philosophie nachgerade notwendig und gerechtfertigt. In Bezug auf die Frage, die uns hier interessiert, geht es nicht einfach nur darum, das heute viel diskutierte Thema der ‚freiwilligen Knechtschaft‘ wieder aufzugreifen (ein Thema, das im Werk von La Boétie, einem Freund von Montaigne, aufkommt). Zur Debatte steht vielmehr die Beschaffenheit der Beziehung zwischen *Bildung* und Freiheit. Das Ideal der *Bildung* im Sinne der Aufklärung hängt davon ab, ob die Gesellschaft in ihrem Inneren organisierte Räume birgt, die vom Rest der Gesellschaft (der Enklaven, so ließe sich sagen, oder mit Foucault gesprochen, der ‚heterotopen‘ Räume) losgelöst sind und in denen es möglich ist, zu jenem (oben bereits angesprochenen) Verhalten zu erziehen, das im Nicht-befehligt-sein-Wollen besteht. Der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit ist im Grunde nichts anderes als die mögliche Verkörperung von einem solchen Verhalten. Nicht nur die Allgegenwärtigkeit der stark hierarchischen Organisationsstrukturen, sondern gerade die Umwandlung der Institute für höhere Bildung (die Universitäten) in organisatorische Apparate, die sich wie Unternehmen verhalten (eine Umwandlung, die vielleicht eines der markantesten Kennzeichen des Neoliberalismus darstellt), lässt ein beträchtliches Maß an Pessimismus aufkommen. Die Unternehmensform stellt sich als die Hauptquelle des pädagogischen Prozesses dar. Wenn dem so ist, dann bleibt wenig Raum für ein politisches Projekt, das sich auf das Begriffsverständnis von Bildung im Sinne der Aufklärung berufen will. Man muss aber auch berücksichtigen, dass sich die Durchsetzungskraft des Neoliberalismus – der sich

37 Philip Pettit, *Republicanism: a Theory of Freedom and Government*, Oxford 1997.

mit Recht als Gegen-Aufklärung bezeichnen lässt – nicht nur auf die Allgegenwärtigkeit einer gut abgestimmten Propaganda zurückführen lässt. Sie hängt auch von der Durchsetzung anthropotechnischer Dynamiken auf globaler Ebene ab, die wesentlich älter als die Moderne sind und sich nach dem Eintreten der Sedentarisierung etabliert haben. Die entscheidende Frage für die Gegenwart erweist sich daher als ebenso modern wie an die Evolutionsgeschichte des *homo sapiens* rückgebunden. Eine Frage, die Organisationsformen aufruft, die nicht hierarchisch sind – diese sind zwar gewiss nicht mit denen des Paläolithikums deckungsgleich, dennoch verschaffen sie dem Bedürfnis nach Freiheit, das zweifelsohne genauso alt ist wie unsere Spezies, die Möglichkeit zur Ausbreitung.

Aus dem Italienischen von Carolin Hennig.